

An die
Mitglieder und
ständigen Ersatzmitglieder der
Enquete-Kommission 16/1 „Kommunale Finanzen“

**Anhörverfahren „Stadt-Umland-Beziehungen“ am 10. Juni 2014
hier: Leitfragen**

Anliegend abgedruckt erhalten Sie die Leitfragen der Fraktionen zum o. g. Anhörverfahren am 10. Juni 2014.

Wissenschaftlicher Dienst

**Leitfragen
zur Anhörung der Enquete-Kommission 16/1
„Kommunale Finanzen“
am 10. Juni 2014**

**Thema:
„Stadt-Umland-Beziehungen“**

Leitfragen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Definition und Aufgabenstruktur:

1. Gibt es eine wissenschaftlich anerkannte einheitliche, räumliche Abgrenzung für die Kernstadt und ihr Umland?
2. Wie "verlässlich" lassen sich Stadt-Umland-Beziehungen identifizieren und räumlich eindeutig zuordnen, wenn bestimmte Umlandgemeinden zu mehreren Kernstädten in Beziehung stehen? Wie sind Stadt-Umland-Beziehungen über die Landesgrenze hinweg zu beurteilen?
3. Welche kommunalen Aufgabenstrukturen oder Bevölkerungsbewegungen prägen den Begriff der Stadt-Umland-Beziehung und wie grenzt sich dieser Begriff vom System der zentralörtlichen Hierarchie (zwingende Zentralisierung bestimmter kommunaler Leistungen wie weiterführende Schulen, Theater etc.) ab?

Finanzstruktur und -ströme:

1. Welches sind die direkten und indirekten Finanzströme und finanziellen Verflechtungen im Rahmen von Stadt-Umland-Beziehungen? Decken die Finanzströme den tatsächlichen Aufwand der jeweiligen Gebietskörperschaft ab?
2. Wie sind unterschiedliche Ausgleichs- bzw. Lösungsmöglichkeiten von finanziellen Auswirkungen der Stadt-Umland-Beziehungen zu beurteilen?

Praktische Sicht:

- Lösungen in Form einer verstärkten Heranziehung der Nutzerinnen und Nutzer aus den Umlandgemeinden z. B. mithilfe einer "Umland-Umlage" an die Kernstädte
- Lösungen in Form gemeinsamer Aufgabenerfüllung oder Kooperationsformen
- Lösungen mit Strukturreformen wie Eingemeindungen, Einkreisungen, Regionalverbände etc.

Wissenschaftliche Sicht:

- Lösungen, die die so genannten spill-over-Effekte mitberücksichtigen
- Lösungen, die sich an den tatsächlichen Kosten der Bereitstellung von Infrastruktur (ggfs. Aufgabenerfüllung) etc. orientieren
- Lösungen, die dem Sinne der Herstellung der fiskalischen Äquivalenz (Gruppe der Zahler und Nutzer stimmen überein) entsprechen

Leitfragen der Fraktion der CDU:

1. Reichen die derzeitigen Instrumente des Landesplanungsrechts und der Gemeindeordnung für eine zukunftsorientierte Lösung der Stadt-Umland-Probleme aus?
2. Wenn nicht: In welcher Weise sollten diese Vorschriften geändert werden?
3. Sollte bei einer Reform der Stadt-Umland-Beziehungen Gebietsänderungen oder kommunale Kooperationen bevorzugt werden?
4. Sind im Falle kommunaler Kooperationen sog. weiche Lösungen (Empfehlungen) oder „harte Lösungen“ (zwingende Vorschriften) zu bevorzugen?
5. Stadt-Umland-Probleme werden bisher in Rheinland-Pfalz insbesondere mit den größeren Städten (Oberzentren) in Verbindung gebracht. Müssten in einschlägigen Reformen auch die mittleren Städte (Mittelzentren) einbezogen werden?
6. Sollten in eine Lösung der Stadt-Umland-Probleme der Kernstädte nur die betroffenen Nachbargemeinden oder/und die betroffenen Landkreise (Nachbarkreise) einbezogen werden?
7. Sollte es finanzielle Ausgleichsleistungen zu Gunsten der Kernstädte geben?
Wenn ja:
 - von den betroffenen Nachbargemeinden?
 - von den betroffenen Nachbarkreisen?
 - über den Landesfinanzausgleich?